Gewässerausbau § 68 Wasserhaushaltsgesetz (WHG); Renaturierung und Offenlegung eines Teilbereiches des Dorfbaches (Gewässer III. Ordnung) in der Ortslage Ober Kostenz

Bekanntmachung der Entscheidung über die Feststellung der Pflicht zur Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP-Pflicht).

Die Verbandsgemeinde Kirchberg, Marktplatz 5 in 55481 Kirchberg hat im Namen der Ortsgemeinde Ober Kostenz bei der Kreisverwaltung des Rhein-Hunsrück-Kreises als Untere Wasser- und Bodenschutzbehörde einen wasserrechtlichen Antrag auf Plangenehmigung einer Gewässerausbaumaßnahme gemäß § 68 WHG gestellt. Im Rahmen der beantragten Maßnahme soll ein Teilbereich des Dorfbaches in der Ortslage Ober Kostenz renaturiert und offengelegt werden.

Durch den bisherigen verrohrten Ausbau fehlten Ufer- und Flachwasserbereiche. Eine natürliche Entwicklung des Gewässers war bislang nicht möglich.

Durch die beantragten Ausbaumaßnahmen soll dem Gewässer die Möglichkeit gegeben werden, sich natürlicher zu entwickeln.

Dies wird durch die Gliederung des Gewässerquerschnitts mit Niedrigwasserrinne, angrenzender Vorlandfläche, anschließenden flachen Böschungen sowie einem mäandrierenden Verlauf gewährleistet werden.

Die Uferflächen werden mit autotypischen Grassamenmischungen eingesät; Erlen- und Weidenstecklinge entlang des Bachlaufes gepflanzt. In den Vorlandflächen und in der Niedrigwasserrinne wird Boden- und Sohlmaterial aus dem bestehenden Bachbett eingearbeitet werden. Teilweise werden Steinschüttungen im Sohlbereich zur Ausbildung einer rauen Sohle vorgesehen, um das Gewässer vor Verschleppung zu schützen.

Die beantragte Maßnahme stellt eine deutliche Verbesserung der bisherigen Gewässerstruktur und Gewässerökologie dar.

Die nach § 7 Absatz 2, Ziffer 13.18.2 der Anlage 1 in Verbindung mit Anlage 3 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung erfolgte standortbezogene Vorprüfung zur Feststellung der UVP-Pflicht des Einzelfalles hat ergeben, dass für das beantragte Vorhaben keine Umweltverträglichkeitsprüfung durchzuführen ist. Erhebliche nachteilige Umweltauswirkungen sind nicht zu erwarten.

Diese Bekanntgabe erfolgt aufgrund des § 5 Absatz 2 Satz 1 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung.

Simmern, 21. Januar 2021
Kreisverwaltung Rhein-Hunsrück-Kreis
Untere Wasser- und Bodenschutzbehörde